

# ISOR aktuell

Mitteilungsblatt  
der Initiativgemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V

Nummer 12/2012 ★ 20. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Dezember 2012

## 20 Jahre »ISOR aktuell«

Horst Parton

Seit nunmehr zwanzig Jahren ist **ISOR aktuell** selbstverständlicher und geschätzter Bestandteil der Arbeit unseres Vereins. Monat für Monat, insgesamt 238 Mal, ist unser Mitteilungsblatt pünktlich und in ansprechender Qualität erschienen. Es repräsentiert unseren Verein nach außen und wird von Abgeordneten und deren Mitarbeiter genau so aufmerksam gelesen, wie von Funktionären anderer Verbände und Vereine. Es ist unverzichtbare Informationsquelle unserer Mitglieder und Funktionäre ein Motor und Inspirator der Vereinsarbeit.

Was zur Selbstverständlichkeit geworden ist, was scheinbar problemlos funktioniert, wird selten hinterfragt. In Wirklichkeit steckt aber in jeder Ausgabe von **ISOR aktuell** immer wieder von Neuem die aufopferungsvolle, kluge und umsichtige Arbeit der Ge-

stalter, der „Macher“ und Produzenten.

Der 20. Jahrestag des Erscheinens des Mitteilungsblattes **ISOR aktuell** ist ein würdiger Anlass, den beiden Mitgliedern unseres Vereins herzlich zu danken, die von Beginn an unermüdlich und zuverlässig an seiner Gestaltung und ständigen Verbesserung gewirkt und immer wieder Ideen und Vorschläge eingebracht haben: Klaus Kudoll und Manfred Kirchner.

Der Vorstand hat beschlossen, beide mit der Ehrenurkunde unserer Initiativgemeinschaft auszuzeichnen und übermittelt auf diese Weise aufrichtigen Dank für 20 Jahre bescheidene, erfolgreiche und konstruktive Arbeit zum Nutzen der Gemeinschaft.

Ein herzlicher Dank gilt zugleich allen, die durch ihre interessanten Beiträge und Zuschriften unser Blatt inhaltsreich gestal-

Die Redaktion **ISOR aktuell** übermittelt  
**allen**, die uns mögen  
und solidarisch mit uns sind  
– **keinem**, der uns beschimpft,  
verfolgt und verleumdet –  
ein geruhsames und friedliches  
Weihnachten sowie Gesundheit,  
Optimismus und Kraft für die Lösung  
unserer Aufgaben im neuen Jahr!

ten helfen und auch künftig helfen werden.

Der Vorstand wünscht allen weiterhin erfolgreiche Arbeit im Interesse unserer Gemeinschaft.



Foto: Wolfgang Ney

## Erklärung

**Die Teilnehmer der Veranstaltung von Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen und Organisationen am 24. Oktober 2012 im Theater am Park in Berlin-Marzahn nehmen mit Empörung zur Kenntnis:**

Die Bundesregierung gesteht öffentlich ein, die Ostrenten in dieser Legislaturperiode entgegen ihrem Wahlversprechen und den Festlegungen im Koalitionsvertrag nicht mehr angleichen zu wollen. Sie will überhaupt nicht die Ostrente angleichen sondern warten, bis die Löhne angeglichen sind. Diese Absicht ist im Bericht des Ostbeauftragten Christoph Bergner enthalten. Wir verlangen, dass diese Politik geändert und Rentengerechtigkeit hergestellt wird.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine offizielle Antwort auf das von der Gewerkschaft ver.di und dem „Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung“ vorgelegte Modell zu geben, das auf steuerfinanzierte Zuschläge setzt. Das Modell liegt der Bundesregierung seit Oktober 2011 vor.

Die Ablehnung aller Vorschläge zur Abschaffung des Rentenunrechts und Rentenstrafrechts hat klare politische Gründe. Diese Menschenverachtung erfolgt gegenüber allen Bürgern, die bis zum 18. Mai 1990 in der DDR geboren wurden. Es geht immer noch um die Delegitimierung der DDR. Die Bürger der ostdeutschen Länder werden

weiter sozial und politisch diskriminiert. Das reicht von einer höheren Arbeitslosigkeit, von Berufsverboten, Billigjobs und Rentenungerechtigkeit bis zum Missbrauch der Rente als Strafe und Verleumdung der DDR-Bürger.

Die Bundesregierung behauptet in der BRD werden die Menschenrechte eingehalten. Ständig fordert sie andere Staaten auf die Menschenrechte zu gewährleisten. Sie lehnt die Durchsetzung im eigenen Lande ab. Die vom UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erfolgten Bemerkungen vom 20. Mai 2011 an die Regierung der BRD wurden bis jetzt nicht umgesetzt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Schluss zu machen mit dieser menschenverachtenden Politik.

### Menschenrechte in Deutschland für alle Menschen.

*Die Verbände und Vereine brachten diese Erklärung in Vorbereitung der Bundestagswahl in ihre Organisationen ein und übermittelten sie Parteien und den Bundestagsfraktionen.*

### Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beriet gemeinsam mit Vertretern von TIG aus dem Raum Potsdam und nahm Berichte über die mit der Geschichte unseres Vereins eng verbundene Geschichte der Potsdamer TIG über Erfahrungen mit gemeinsamen Unternehmungen von ISOR-Mitgliedern und einer die ganze Breite des Sozialrechts umfassende Rechtsberatung entgegen.

Die Potsdamer Vertreter wurden in ihrem Vorhaben unterstützt, die bisherige Struktur beizubehalten, bei der die einzelnen TIG selbstständig arbeiten, aber Rechtsberatung, Kassierung und Kassenprüfung gemeinsam zentral organisieren.

\*

Die Mitglieder des Vorstandes und die Potsdamer Vertreter wurden durch H. Parton, H. Bischoff und R. Rothe umfassend über die aktuellen Vorhaben auf politischem und rechtlichem Gebiet informiert, insbesondere über den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit befreundeten Verbänden und Vereinen.

# Was einem so durch den Kopf geht

Andreas Bendel, Dresden

Aufmerksam las ich in der Septemбераusgabe 2012 von **ISOR aktuell** den Grundsatzartikel „Konformität mit dem Gleichheitssatz?“ Das Zitat von Prof. Dr. Dr. Detlef Merten im Kasten auf Seite 1 weckte mein besonderes Interesse.

Also versuchte ich mich an den „Quellen“, ich meine Mertens Publikation „Probleme gruppengerechter Versorgungsüberleitung. § 7 AAÜG im Lichte des Grundgesetzes“.

Mal so nebenbei sind die 252 Seiten nicht zu lesen, sondern es erfordert selbst für einen juristisch etwas vorbelasteten Laien viel Disziplin, sich in diese spezielle Materie und in die Argumentationslinien des Autors hinein zu denken.

In bemerkenswerter gedanklicher und sprachlicher Klarheit widmet sich Merten seinem Gegenstand, der Wertneutralität des Rentenrechts in zivilisierten Gesellschaften, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland. Er argumentiert ausschließlich juristisch und setzt sich mit den Urteilen der Sozialgerichte wie denen des Bundesverfassungsgerichtes in den vergangenen zwei Jahrzehnten juristisch auseinander.

Die Schwelle einer Verfassungsklage ist richtigerweise sehr hoch. Doch ISOR hat im Mai dieses Jahres die dritte Klage in Karlsruhe eingereicht. Und so zeichnet Merten den mehrmaligen Anlauf unserer Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. über zwei Jahrzehnte wissenschaftlich nach. Auch damit fußt die Darstellung auf einem breiten Fundament juristischer Argumentation und Auseinandersetzung. Der Kampf von ISOR wird so zu einem Stück Rechtsgeschichte in diesem Land.

Der Autor vermeidet jegliche Form politischer Polemik, aber er baut seine juristische Beweisführung Stein für Stein, das Ziel immer vor Augen und davon nicht abweichend. Die Beweisführung gleicht so einer Pyramide. Fast schon unterkühlt lakonisch sind seine formal scheinenden Argumentationsstränge. Manche Passagen lesen sich wie Sätze aus einem Lehrbuch über formale Logik. Und das wichtigste für uns: Aus den juristischen Beweisen erwächst eine Fülle von politischen Argumenten für unseren Kampf um Rentengerechtigkeit. So lohnt es sich zum Beispiel, den Aufsatz nach Aussagen von Politikern fast aller Parteien und namhaften Juristen zu durchforsten, die ebenfalls an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten der Meinung waren und sind, dass das MfS nicht für alles in der DDR verantwortlich gemacht werden kann, sondern in ziemlich enge gesellschaftliche

und politische Strukturen eingebunden war. Ein Zitat dazu soll genügen:

„Da die menschliche Würde dem Staat aufgibt, die Selbstbestimmung, Selbstentfaltung, aber auch Selbstverantwortung des Individuums anzuerkennen und zu achten, verstieße es gegen den Art. 1 Abs. 1 GG, den Einzelnen ohne Nachweis individueller Schuld mit einer Strafe oder strafähnlichen Sanktion zu belegen, um der Abschreckung, der Rache oder populistischen Forderungen zu genügen...“ (S. 35 RN 43)

Es geht nicht um Politik und Ideologie oder um „Selbstprivilegierung“, sondern es geht um die Rechte des Einzelnen, so wie im Artikel 1 des Grundgesetzes beschrieben.

Die Fülle und Strukturierung der Beweise kann man nicht einfach beiseite wischen. Und die Verfassungsrichter, sofern die Klage vom Bundesverfassungsgericht angenommen wird - ich gehe davon aus, dass das geschehen wird - werden sich intensiv damit beschäftigen müssen. Ich bin überzeugt, dass die Klage alle objektiven Kriterien erfüllt, um Recht zu sprechen im Sinne der Kläger von ISOR. Völlig offen ist natürlich, wie die Verfassungsrichter die Klage subjektiv werten. Doch ich bin der Meinung, dass es dem obersten Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland bei seinem Urteil ausschließlich darum gehen kann, Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit für viele tausend von Betroffenen in Übereinstimmung zu bringen.

Allein die Tatsache, dass wir uns ausschließlich mit juristischen Mitteln wieder bis zum Bundesverfassungsgericht durchgekämpft haben, zeigt doch, dass es nicht um Grabenkämpfe oder kleinkarierte Befindlichkeiten einer kleinen Gruppe von Menschen geht, sondern um das Recht sehr vieler, die seit über 20 Jahren nicht nur rentenrechtlich sondern auch gesellschaftlich ständig diskriminiert werden. Es geht nicht nur um eine gerechte Rente sondern es geht genauso um Gerechtigkeit und Gleichbehandlung für alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland, also auch für uns als Kläger.

Es wird das letzte Mal sein, dass wir mit unserer Verfassungsklage vor dem höchsten deutschen Gericht stehen werden. Möglich war das durch den langen Atem aller unserer Mitglieder, möglich war das durch unseren Vorstand und unsere Rechtsanwälte, die über Jahrzehnte die Interessen der Mitglieder konsequent und beharrlich vertreten haben, möglich war das durch die Solidarität, die wir über die vielen Jahre erhalten haben. Die ältesten unter uns werden das Verfassungsgerichts-

teil vielleicht nicht mehr erleben, doch auch sie sollen wissen, dass wir weiterkämpfen, solange es sinnvoll ist. Deshalb lautet mein Appell: Wer wie die meisten von uns seit über zwanzig Jahren aktives Mitglied unserer Solidar- und Kampfgemeinschaft ist, der darf nicht kurz vor dem Ziel aufgeben. Damit schadet er sich und unserer Gemeinschaft.

Nicht zu vergessen ist auch, dass deutsche Politiker schon jetzt beginnen, uns Rentner als „ihre Wähler“ für die Wahlen 2013 zum Bundestag zu gewinnen. Die ersten Versprechungen für Rentengleichheit zwischen Ost und West nennen das Jahr 2020 für die Realisierung. Das wäre dann schon die übernächste Wahlperiode zum Deutschen Bundestag. Völlig vergessen wird dagegen, was im Koalitionsvertrag der Regierung Merkel zur Rentenanpassung steht. Realisiert wurde bisher gar nichts. Lassen wir uns also von Wahlversprechen nicht irre machen und vertrauen wir wie bisher im kommenden Jahr unserem erprobten politischen Verstand und unseren Erfahrungen!

Auch die TIG Dresden hat sich in ihrer Jahresversammlung am 10. November 2012 mit unserem Gang nach Karlsruhe beschäftigt. Rechtsanwalt Dr. Rainer Rothe, Mitglied des Vorstandes, informierte ausführlich und detailliert über den aktuellen Stand. Konkret wurden alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen erörtert und beantwortet. Aufmerksam verfolgten die Mitglieder, welcher Arbeitsaufwand erforderlich war, um die Klage in Breite und Tiefe gründlich vorzubereiten. Die Mitglieder unserer TIG dankten dafür dem Referenten und allen daran Beteiligten herzlich.

## Ein Richterspruch aus Strasbourg

Nach Redaktionsschluss erhielt der Vorstand Kenntnis von einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EU-GHMR).

Wie bekannt, hatten ein ehemaliger Minister und ein ehemaliger Stellvertretender Minister beim EUGHMR Beschwerde mit der Begründung eingelegt, § 6 Abs.2 Nr.4 AAÜG (Rentenstrafrecht) verletze die in der Europäischen Konvention verankerten Menschenrechte.

Der Richterspruch nunmehr: Nach Prüfung aller Unterlagen würden sich keine Hinweise auf eine Verletzung der in der Konvention dargelegten Rechte und Freiheiten ergeben. Die Beschwerden seien daher unzulässig. Über Einzelheiten und sich daraus ergebende Schlussfolgerungen wird der Vorstand informieren.



## Aus unseren TIG

Um Für und Wider ging es im Oktober während einer Gesprächsrunde in **Prenzlau**. Teilnehmer waren die TIG- Vorsitzenden bzw. deren Stellvertreter aus den uckermärkischen Städten Angermünde, Prenzlau, Schwedt und Templin. Gast war ISOR-Geschäftsführer Wolfgang Schmidt.

Dabei äußerten die Teilnehmer ihre Positionen zu einem aktuell werdenden Thema: Brauchen wir im bevölkerungsarmen, großen Flächenkreis Uckermark anstelle von vier kleinen, mit unterschiedlichen Vereinsleben agierenden nicht eine vereinte TIG Uckermark?

Einig war man sich, Bewährtes im Vereinsleben nicht aufzugeben, sondern dieses mit neuen Ideen weiter zu entwickeln (TIG Templin). Unbeachtet können aber auch jene Misstöne nicht bleiben, die die Aktivitäten nach innen als auch die Wirkung nach außen behindern. Dazu gehören schwindende Mitgliederzahlen, z.B. durch Tod, Krankheit, geringer Zulauf und Resignation. Deshalb, so die Meinung des Prenzlauer TIG-Vorsitzenden Hans- Joachim Möllenberg, könnte eine vereinte TIG Uckermark ein gewichtiger Beitrag zur Festigung unserer sozialen Vereinigung im Territorium sein. Die Diskussion, ob und wie die Kräfte gebündelt werden können, fand keinen endgültigen Abschluss. Details werden bis zur nächsten Runde im ersten Halbjahr 2013 erörtert. Wolfgang Schmidt riet, bewährte Strukturen zu erhalten, aber auch über neue Wege nachzudenken. Schließlich müsse man an den Orten Menschen mit Ideen haben, die die Vereinsarbeit organisieren.

**Benno Butschalowski**

\*

Am 19.10.2012 fand in **Bischofswerda** eine Mitgliederversammlung statt, zu der der Vorsitzende von ISOR Horst Parton eingeladen wurde. Da wir nur eine kleine TIG sind, wurden alle umliegenden TIG eingeladen. Unsere Gäste waren Vertreter der TIG Dresden, Bautzen, Kamenz, Löbau,

und Pirna. So waren wir schließlich 70 Mitglieder. In seinen Ausführungen sprach Horst Parton über die gegenwärtige Lage im politischen und juristischen Kampf zur Abschaffung der Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West und die Beseitigung der Strafrenten. Dabei hob er hervor, dass durch die Nichtanpassung der Ost-Renten an die im Westen jedem Rentner ca. 145,- bis 150,- Euro vorenthalten werden. In letzter Zeit, so betonte er, greift der Sozialabbau in Deutschland immer stärker um sich. Wir können froh sein, dass es in den Parlamenten die Partei DIE LINKE gibt. Es ist die einzige Partei, die sich stark macht für die Rentner im Osten und gegen die politisch motivierten Strafrenten.

Einen Schwerpunkt bildet dabei der § 6 Abs. 2 AAÜG, aufgrund dessen die Minister der DDR und ihre Stellvertreter eine Rentenkürzung unter fadenscheinigen Begründungen erfahren mussten. Andere Diskriminierungen sollten sofort eingestellt werden, z.B. das Rentenstrafrecht gem. § 7 AAÜG gegen ehemalige Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Die eingereichten Verfassungsbeschwerden, die auf neuen, rechtserheblichen Tatsachen beruhen, werden zunächst durch eine Kammer dieses Gerichts beurteilt.

Nach wie vor bildet die Mitgliedergewinnung für ISOR einen absoluten Schwerpunkt. Tausende ehemalige Mitglieder haben die Straffrente mit ins Grab genommen. Viele wurden aber noch nicht erreicht, Mitglied bei ISOR zu werden, oder trauen sich nicht aufgrund ihrer jetzigen beruflichen Stellung oder aus anderen Beweggründen. Dort muss unser Hauptbetätigungsfeld in den TIG liegen, neue Mitglieder zu gewinnen und sie zu aktivieren für die Abschaffung des Sozialabbaus und zur Beseitigung des Rentenstrafrechts.

**Dieter Rosenkranz**

\*

Am 11.10.12 fand auf Initiative unseres Mitgliedes Olaf Westphal in seiner gleichzeitigen Funktion als Vorsitzender des Rotfuchs-Fördervereins Nördliches Vorpommern in **Stralsund** ein Vortrag durch unseren Stellv. Vorsitzenden, Prof. Dr. Horst Bischoff, zum Thema „Renten- und Rentenstrafrecht in der BRD“ statt. Die Veranstaltung war gut besucht und die anschließende Diskussion widerspiegelt das große Interesse an diesem Thema auch außerhalb unseres Vereins. Die von Horst Bischoff geforderte Solidarität zwischen den territorial ansässigen linken Vereinen und Verbänden konnte an diesem Tag deutlich gespürt werden.

**Manfred Pietschmann**

\*

Mit unserem Leben verbunden, unsere Erfahrungen widerspiegelnd und weiteres Wissen vermittelnd, das kennzeichnete den Vortrag von Horst Parton am 06.11.2012 in der Stadthalle Bernau. Dieses Herangehen berührte die Versammelten der **TIG Bernau** und **Eberswalde**. Dieser und auch das solidarische Tun der TIG im Kreis Barnim fand die Anerkennung der Gäste und die Zustimmung unserer Mitglieder. Einmal mehr wurde sichtbar, dass der Kampf um Rentengerechtigkeit Bestandteil des Strebens nach einer Welt ohne Angst und Not ist. Und mehr noch, dass der Beitrag, den wir dazu als ISOR-Mitglieder leisten, unser ureigenster Auftrag ist. Klar wurde auch, dass ohne das Miteinander mit anderen Vereinen und Verbänden die Wirksamkeit unseres Mühens für die Gestaltung eines würdevollen Lebens jetzt und für die Zukunft, erheblich beeinträchtigt wird. Verbundenheit und Bündnisse beflügeln. In diesem Sinne beendeten wir unsere Mitgliederversammlung mit den Worten, dass wenig Aussicht auf den Ruhestand besteht.

**Klaus-Dieter Jäschke**

\*

ISOR und der 95. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war der Inhalt einer Diskussion in der TIG **Strausberg**. Es ging vornehmlich darum, ob dieser Jahrestag heute noch Bedeutung hat und was das mit den Zielen des Vereins zu tun hat. Schließlich war unser Leben von den Zielen dieser Revolution, mit allen Erfolgen und Niederlagen bestimmt. So luden wir gemeinsam mit dem Förderverein Rotfuchs e.V., der GRH, dem Traditionsverband der NVA und der DKP unseres Einzugsbereiches im Oktober Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei DIE LINKE, als Referenten ein.

Der Redner führte aus, dass diese Revolution in Russland objektive Ursachen und Bedingungen hatte, die international und national den weiteren Verlauf der Entwicklung Russlands, später der SU und der Welt wesentlich beeinflusste. Zwar kam es zu Fehleinschätzungen, Überbewertungen einzelner Faktoren und fehlerhaften Interpretationen, die endlich dazu führten, dass die linken Kräfte eine schwere Niederlage erlitten.

Trotz alledem muss heute gesehen werden, dass

## Zwischenruf

Wenn am Silvesterabend der Sekt in den Gläsern schäumt, ist Kaiser Wilhelm II. virtuell dabei. Er hatte vor 110 Jahren die Sektsteuer einführen lassen, um den Aufbau seiner Kriegsmarine zu finanzieren. Im Gegensatz zur kaiserlichen Flotte überlebte die Sektsteuer bis heute. Sie sorgt dafür, dass eine Flasche Piccolo um 0,27 Euro und eine ausgewachsene Sektpulle um 1,02 Euro teurer ist. Kriegsschiffe sind in Deutschland bei den Herrschenden beliebt und für die Beherrschten teuer.

Majestät stellte 1898 fest: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser.“ Offenbar liegt heute die Zukunft darunter, weil Deutschland gelegentlich U-Boote an friedliebende Mittelmeerstaaten verschenkt. Den „Unterschichten“ auf dem Lande wird 2013 wieder Sekt versprochen, aber nach der Wahl wird es Wasser sein.

w.k.

es ohne die Große Sozialistische Oktoberrevolution keine Sowjetunion und keinen Sieg über den Hitlerfaschismus, keinen Aufschwung der sozialistischen Bewegung in der Welt, keinen Zerfall des Kolonialismus und keine Brechung des Atommonopols der USA gegeben hätte. Über 40 Jahre konnte in Europa der Frieden gesichert werden. Obgleich das Kapital intensiv versucht, Zugeständnisse, die es im Angesicht des sozialistischen Lagers machen musste, wieder abzubauen, geht es der Mehrheit unserer Bevölkerung gut. Daher besteht keine Bereitschaft zu grundlegenden Änderungen.

Es gilt zu erkennen, dass die Lösung der globalen Probleme nur durch eine antikapitalistische Alternative, das Zusammenwirken aller fortschrittlichen Kräfte erfolgen kann. Dazu ist es erforderlich, dass wir uns nicht zurückziehen und den Kampf aufgeben, sondern für eine Welt ohne Krieg und Ausbeutung weiter kämpfen.

**Hans-Joachim Friedrich**  
\*

Die Aktion „Rettet die Junge Welt“ hat in unserer TIG **Schwerin** ein positives Echo ausgelöst. Bereits am 03.10.12 während der Veranstaltung mit Rainer Rupp haben einige Mitglieder ein Abo für die Junge Welt abgegeben.

Auf unserer Versammlung am 28.11.2012 wurde spontan zu einer Solidaritätsspende aufgerufen – das Ergebnis: 253,35 €. Die Spende wurde bereits am 29.11. auf das Spendenkonto der Jungen Welt überwiesen.

Das ist wiederum ein sichtbares Zeichen für eine gelebte Solidarität unserer Mitglieder.

### Aus der Postmappe

Ich fühle mich meinem verstorbenen Ehemann verpflichtet.

Meinen Dank möchte ich all denen übermitteln, die mir in den schweren Stunden nach dem Tode meines Mannes, Horst Just, beistanden und allen weiteren, die bei seiner Beisetzung zugegen waren. Es waren vor allem seine Wegbegleiter über viele Jahrzehnte im Schutz- und Sicherheitsorgan der DDR. Ebenso wie er rentenrechtlich bestraft, und deshalb Mitglieder von ISOR. Ihre Anteilnahme empfand ich für mich und zugleich auch für meine Familie, wohltuend und zugleich ermutigend. Und deshalb ist es mir eine Selbstverständlichkeit, seine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft von ISOR in meiner Person fortzusetzen. Ich denke, dass dies auch ganz im Sinne von Horst ist.

**Karin Just, Berlin-Treptow**  
\*

Wie nun schon seit acht Jahren organisierte der Vorstand der TIG **Berlin-Köpenick** wieder eine Kurzreise in der ersten Oktoberwoche für ISOR-Mitglieder mit Partnern und gleichgesinnten Gästen. Bisher waren die tschechische Republik und Polen unsere Reiseziele. Diesmal haben wir auf vielseitigen Wunsch die Himmelsrichtung geändert und sind nach Norden in den Süden gereist.

Wir waren auf Südschweden neugierig, das oft als „Land zwischen Himmel und Meer“ gepriesen wird.

Zahlreiche „Neugierige“ aus Köpenick und anderen TIG benachbarter Regionen waren der Einladung gefolgt. Dank einer hervorragenden örtlichen Reisebegleiterin wurden wir kompetent und unterhaltsam mit Land und Leuten bekannt gemacht.

Wir erfuhren einiges, das uns überraschend an das Sozialsystem der DDR erinnerte, zum Beispiel an die Gleichberechtigung der Frauen in Beruf und Recht, an Kinderfreundlichkeit und staatliche Förderung von Familien mit Kindern, an staatliche Altersfürsorge und ein einheitliches Sozialversicherungssystem, an die staatliche Aufsicht bei der Zuteilung von kommunalem Wohnraum. Auch im Bildungswesen scheint etwas aus der DDR in Schweden „abgefärbt“ zu haben.

Die Frage, ob diese „Wohltätigkeit“ des schwedischen Kapitals der Krisenentwicklung in Europa standhält, blieb aber unbeantwortet. Die Schweden aber scheinen zunächst noch zufrieden und ohne große Existenzangst. Immerhin liegt die offizielle Arbeitslosigkeit noch bei „nur“ 6,9 Prozent. Auf unseren Ausfahrten lernten wir die Städte Malmö, Landskrona, Helsingborg, Ystad, und Sydehuk, die südlichste schwedische Uferstelle an der Ostsee und die mystische Schiffsetzung „Ales Stenar“ nahe des kleinen Fischerdorfes Kaseberga kennen.

Unsere Gastgeberstadt Malmö hat uns mit ihrer historischen und neuzeitlichen Architektur, mit Parks und blumenreich gestalteten Grünflächen fasziniert.

Für die Rückreise hatten sich die Organisatoren der Fahrt einen besonderen Höhepunkt ausgedacht. Nach Hause ging es nämlich über das gigantische Öresundbrücken- und Tunnelbauwerk nach Kopenhagen. Die insgesamt knapp 13 Kilometer lange Über- und Unterquerung des Öresund war ein beeindruckendes Erlebnis. Mit einer Stadtrundfahrt durch die dänische Metropole und der anschließenden Überfahrt von Gedser nach Warnemünde fand unsere Reise ihren Abschluss.

Im Gefühl, wieder einmal „in Familie“ unterwegs gewesen zu sein und die gegenwärtige Phase der Geduld im Ringen um Rentengerechtigkeit mit neuen Eindrücken und interessanten Erlebnissen Kraft schöpfend ausgefüllt zu haben, sind wir wieder in die Alltagsatmosphäre „eingetaucht“.

Wir freuen uns schon auf die 10. Reise dieser Art im Oktober 2013. Für dieses Jubiläum wird ein besonderes Reiseziel ins Visier genommen. „Verraten“ wird es im Januar 2013. Jubiläumsgäste aus allen Berliner TIG und des Berliner Umfeldes sind jetzt schon herzlich eingeladen!

**Manfred Wild, Reiseleiter**  
\*

Es war der Zufall, dem ich nur danken kann. Ich lernte das Mitglied unseres Vereins, den Verleger Detlef Mauch kennen.

Er steht dem kleinen Verlag RADE in Ribnitz-Damgarten vor. Was 2007 als Selbstverlag begann, entwickelte sich langsam, aber stetig. Noch arbeiten in diesem Verlag, dessen Name von den Vornamen seiner Frau und seinem abgeleitet ist, Detlef Mauch und seine körperlich behinderte Ehefrau. Als ehemaliger Berufssoldat des MfS gehört er zu den politisch und rentenrechtlich Benachteiligten. Weil er sich treu blieb, hat er in mehreren Büchern über seinen Vater, seine Frau und sich selbst geschrieben. Durch das Projekt Selbstverlag konnten die Bücher erscheinen, auch durch die Minimierung der Kosten.

Ramona und Detlef Mauch lernten sich nicht nur kennen und lieben (das zweite Kind wird bald geboren), sondern sie engagierten sich in sozialen Projekten. Durch das Interesse der Fernsehsender ZDF und RTL wurde die außergewöhnliche Geschichte der beiden bekannt und unterstützte so den sich entwickelnden Verlag.

Der Verlag RADE arbeitet seit einiger Zeit mit Sach- und Fachkenntnis an der verlegerischen Gestaltung der Erlebnisberichte von ISOR-Mitgliedern. Als Verleger ist es für ihn selbstverständlich und eine Ehre, seinen Anteil zu erbringen, damit die noch Benachteiligten zu ihrem Recht kommen. Dennoch ist Detlef Mauch auch für andere Vorhaben offen.

Ich jedenfalls bin froh, für mein Buch den Verlag RADE gefunden zu haben.

(Für Interessenten: Detlef Mauch

Anschrift: Körkwitzer Weg 54a, 18311 Ribnitz-Damgarten - Tel.: 03821 706452

E-Mail: rade.verlag@t-online.de)

**Karl-Wilhelm Wolff**

### Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komfortable Ferienwohnung ab 35,00€ auf der **Insel Rügen** in ruhiger Lage im Küstenwald der Prorer Wiek zu vermieten. Verfügbarkeit unter fewo-renado.de oder 038393/2513.

### Internetinformation

Unser Mitglied Kurt Neubert aus Zeuthen hat sich mit einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin gewandt und seine Gedanken und Forderungen nicht nur zum gegenwärtigen Renten- und Sozialsystem in Deutschland dargelegt. Er informierte uns darüber und hat der Redaktion den Text seines offenen Briefes übermittelt.

Kurt Neubert ist 88 Jahre alt, ehemaliger Offizier der Grenztruppen und bis zur Stunde gesellschaftlich vielseitig aktiv, auch in seiner Kommune.

Die Redaktion hält seine gründlich recherchierte Überlegungen für bedeutsam und hat entschieden, den Wortlaut über unsere Internetseite Interessierten zugänglich zu machen. Wir danken Kurt Neubert zugleich für seine Aktivität und sein solidarisches Engagement und wünschen uns von Herzen auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

(www.ISOR-sozialverein.de/Leserbriefe)

## Lesenswert

Gerhard Lauter  
Chefermittler

Berichte über das Leben in der DDR und im besonderen über die Arbeit in speziellen Bereichen der Deutschen Volkspolizei (edition ost)  
222 Seiten, 14,95 €  
ISBN 978-3-360-01826-7

Der Titel stammt nicht von mir versicherte der Autor. Er entspräche auch nicht seinem Charakter und der entsprechenden Haltung. Das beweist auch der Inhalt des Buches.

In großer Offenheit und Ehrlichkeit, kritisch und selbstkritisch, mit klarer und deutlicher Sprache äußert sich der Autor über Privates als auch über seine Arbeit in der Kriminalpolizei auf unterschiedlichen Ebenen, unter anderen in Dienststellen der Antiterrorereinheit (Referat IX), als persönlicher Referent eines stellvertretenden Ministers und als Leiter einer Hauptabteilung im Ministerium des Innern der DDR: Von besonderem Interesse dürften die Schilderungen zu den Ereignissen um den 09. November 1989 sein, erklären sie doch einiges bisher Unverständliche. Man liest das Buch mit Gewinn. **P. Fricker**

\*

Die Geschäftsstelle ist zwischen  
Weihnachten und Neujahr nicht besetzt.

Gert Wendelborn  
Christentum und Sozialismus

Als Theologieprofessor in der DDR  
Hrsg.: Friedrich–Martin Balzer  
(Pahl–Rugenstein Verlag Bonn 2011)  
197 Seiten, mit Personenregister, 19,90 €  
ISBN 978-3-89144-428-3

Prof. Dr. Wendelborn hat - nunmehr in bereits 2. Auflage - Erkenntnisse und Einsichten zum Thema aus seinem Wirken als Theologe und Hochschullehrer (Ordinarius für Kirchengeschichte an der Universität Rostock) sowie aus seiner gleichzeitigen gesellschaftlichen Arbeit im Leben der DDR vorgelegt. Er war Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, Vizepräsident des DDR – Friedensrates, Mitglied des Bezirkstags Rostock, Abgeordneter der Volkskammer und – nach dem Untergang der DDR - von 1990 bis 1996 Landesvorsitzender der Volkssolidarität Mecklenburg–Vorpommern.

Herausgekommen ist ein streitbarer und überzeugender Erfahrungsbericht, den man aus marxistischer Sicht nur dankbar aufnehmen und sich wünschen kann, er würde gleichermaßen von möglichst vielen atheistischen und konfessionell gebundenen Linken aufmerksam und mit Respekt gelesen. Er reflektiert und begründet Schwierigkeiten miteinander und findet Lösungen, besonders in der Suche und auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten:

„Ich war und bin überzeugt, dass für das Heil des Menschen der rechte christliche Glaube unverzichtbar ist, für das Wohl des Menschen dagegen die sozialistische Gesellschaftsgestaltung“ (S. 69). Er betont aus Überzeugung und Erfahrung Notwendigkeit, Möglichkeiten und Gemeinsamkeiten, - das Einende. Außerordentlich anregend und diskussionswürdig seine Darlegungen zur Gemeinsamkeit ethischer und moralischer Quellen. Einsichtig vielleicht auch (wenn gleich sachlich unverständlich), dass er in klerikalen Kreisen auf Widerspruch stoßen mag, was allerdings seine Positionierungen nicht zu beeinträchtigen vermag, vielmehr von ihm mit lutherischer Aufrichtigkeit und Beharrlichkeit begegnet wird.

Seine Schrift hilft, das gegenseitige Verständnis von Christen und Sozialisten in unserer Zeit zu befördern. Dank und Respekt für diese Publikation! **H.B.**

\*

Edda Winkel  
Ein Kobold reist nach übergestern

(Selbstverlag 2012)  
Bestellung unter: 03342 318404  
74 Seiten, 5,- € plus Versandkosten

Die Autorin, DDR-Pädagogin, schrieb ihr kleines Büchlein für Kinder ab dem 10. Lebensjahr und für ihre Großeltern.

In kleinen Geschichten mit dem Kobold Frodewin, seinem Bruder Cardamono und ihrer Tante, der Hexe Sybilla, erlebt und erfährt man vieles aus der Kinderwelt in der DDR. Ich glaube, jeder erwachsene Leser findet hier und da Erlebnisse seiner eigenen Kindheit wieder und die Kinder erfahren staunenswertes aus dem Leben von Kindern in der DDR. Eine sehr lesenswerte Schrift entgegen der verfälschenden Darstellung der DDR in vielen gedruckten Machwerken. **P. F.**

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.  
Vorsitzender: Horst Parton  
Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19  
V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.11.2012  
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.12.2012  
Einstellung im Internet: 11.01.2013  
Auslieferung: 17.01.2013

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: 29 78 43 16  
Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat  
29 78 43 17 - AG Finanzen  
Fax: (030) 29 78 43 20  
Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de  
Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00  
IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15) auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr